

**Beitrag von Herrn Staatsminister Kiuchi beim 157. Bergedorf Round Table – Session:
„Bewahrung der internationalen Ordnung auf der Grundlage von Regeln“ in
Hamburg am 08. 11. 2014**

Einleitung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank dafür, dass Sie mich vorgestellt haben.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident von Weizsäcker, meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, dass Sie diesen Round Table zwanzig Jahre lang geleitet haben.

1990 kam ich als angehender Diplomat nach Deutschland, das seinerzeit ganz vom Fieber der Einheit erfasst war. Damals haben Sie, Herr Bundespräsident, als ein Staatsmann mit bereits außerordentlichen philosophischen Führungsqualitäten Ihre Stellung endgültig gefestigt.

Seitdem haben Sie Menschen auf der ganzen Welt intellektuell inspiriert. Und ich möchte Ihnen anlässlich der jetzigen Beendigung Ihrer Aufgabe als Vorsitzender dieser renommierten Zusammenkunft meinen aufrichtigen Respekt erweisen.

Meine Beziehungen zu Deutschland sind überaus eng. So lebte ich bereits vor meiner Zeit als Diplomat von 1971 bis 1975 in Bonn. Es ist mir eine große Ehre, mit dem damaligen Bundeskanzler, nämlich mit Ihnen, sehr geehrter Herr Schmidt, an einem Tisch sitzen und diskutieren zu dürfen.

Einschätzung der aktuellen Situation

Die globale Machtbalance erfährt derzeit einen raschen Wandel. Träger dieses Wandels sind die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens. Und ich weiß, dass man hier in Europa Asien sehr aufmerksam beobachtet.

Die voranschreitende Globalisierung und die technologischen Innovationen schaffen neben neuen Chancen auch neue Herausforderungen. Bedrohungen breiten sich nun ohne weiteres über Ländergrenzen hinweg aus. Zudem kann man Versuche beobachten, mittels Gewalt den Status Quo einseitig zu verändern und so die bestehende internationale Ordnung herauszufordern.

Kein einzelnes Land ist heute länger in der Lage, Frieden und Sicherheit für sich selbst aus eigener Kraft zu bewahren. Daher wird es immer wichtiger, dass die einzelnen Staaten zusammenwirken, um internationale Rechtsvorschriften zu etablieren sowie den Frieden auf regionaler und globaler Ebene zu erhalten. Ich habe gehört, dass derzeit auch hierzulande über die Art und Weise diskutiert wird, wie Deutschland einen noch größeren Beitrag für Frieden und Sicherheit in der Staatengemeinschaft leisten kann.

Was müssen wir tun, um Frieden und Stabilität sowie Wohlstand für die internationale Gemeinschaft zu verwirklichen? Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind von wesentlicher Bedeutung, und sie sind diesem letzten Round Table unter der Leitung Ihres Vorsitzes, sehr geehrter Herr Vorsitzender, durchaus angemessen.

Japans Position und Engagement

Seit dem Ende des Krieges hat Japan durchgehend die „Herrschaft des Rechts“ aufrechterhalten, in Asien und anderswo die Demokratisierung sowie die Konsolidierung des Friedens unterstützt und seinen Weg als ein dem Frieden verpflichteter Staat beschritten.

Dabei haben sich Japan und Europa als Partner, die universelle Werte wie Freiheit, grundlegende Menschenrechte und Demokratie miteinander teilen, gemeinsam für die Etablierung der „Herrschaft des Rechts“ innerhalb der Staatengemeinschaft engagiert. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ), der Arms Trade Treaty (ATT), der Internationale Schiedsgerichtshof (ICC) oder die Welthandelsorganisation (WHO) sind Früchte unserer gemeinsamen Anstrengungen. Auf der Grundlage des Prinzips der internationalen Zusammenarbeit und von der Position des „proaktiven Pazifismus“ aus sind wir fest entschlossen, uns auch künftig zusammen mit unseren Partnern verstärkt für den Ausbau der „Herrschaft des Rechts“ innerhalb der Staatengemeinschaft einzusetzen.

Beispiele für ein konkrete Engagement (mit Global Commons als Schwerpunkt)

Besonders die Realisierung und Stärkung der „Herrschaft des Rechts“ innerhalb der globalen öffentlichen Güter Meere, Cyber Space und Weltraum stellt eine dringende Aufgabe dar.

(1) Meere

Hamburg bildet als Sitz des Internationalen Seegerichtshofs (ITLOS) gleichsam das „Zentrum“ der „Herrschaft des Rechts“ auf den Meeren. Daher möchte ich als erstes über diesen Bereich sprechen.

„Offene und stabile Meere“ sind das Fundament für Frieden und Gedeihen in der Welt. Andererseits ist in den letzten Jahren die Tendenz zu erkennen, völkerrechtliche Bestimmungen wie das SRÜ nicht zu achten und den Status Quo mit der Androhung von Gewalt einseitig zu verändern. Es besteht zunehmend die Sorge, dass vermehrt Fälle auftreten, in denen die Interessen verschiedener Staaten miteinander kollidieren, sowie dass dadurch die Gefahr von unbeabsichtigten Zwischenfällen wächst.

Premierminister Abe hat im Rahmen des Shangri-La Dialogs Ende Mai in Singapur „drei Grundsätze für die Herrschaft des Rechts auf den Meeren“ verkündet. Diese lauten wie folgt: Erstens, Staaten sollten ihre Ansprüche auf der Grundlage des Rechts erheben; zweitens, Staaten sollten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche keine Gewalt und keinen Zwang ausüben; sowie drittens, die Lösung von Konflikten sollte mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Japan begrüßt es sehr, dass beim 10. Asia-Europe Meeting im letzten Monat eine Erklärung des Vorsitzenden verabschiedet wurde, die mit diesen Punkten übereinstimmt.

Mein Land ist der Auffassung, dass mit Blick auf die Situation im Südchinesischen Meer alle Anrainerstaaten folgen sollten, einseitige Handlungen zu unterlassen, die in Gebieten, deren territoriale Zugehörigkeit ungeklärt ist, zu permanenten Veränderungen der Meeresumwelt führen. Die internationale Gemeinschaft erwartet mit Nachdruck, dass die Konsultationen über einen „Code of Conduct“ (COC) beschleunigt werden.

Japan misst zudem dem Ausbau der Kapazitäten von Staaten zur Durchsetzung des Rechts große Bedeutung bei. Die Lieferung von Patrouillenbooten und technischer Zusammenarbeit an Indonesien, die Philippinen und Vietnam geschieht im Rahmen dieses Engagements. Im September wurden Vertreter der ASEAN nach Tokyo eingeladen, wo ein Seminar zur Unterstützung des Aufbaus von Kapazitäten im Bereich Sicherheit der Meere stattfand.

Auch die Bekämpfung der Piraterie bildet eine Aufgabe, für die sich alle Staaten gemeinsam einsetzen sollten, um die Herrschaft des Rechts auf den Meeren durchgehend zu gewährleisten. Vor der somalischen Küste und im Golf von Aden

wirken Einheiten der japanischen Self-Defense Forces eng mit Partnern etwa aus der EU und der NATO zusammen. Für nächstes Jahr ist außerdem die Entsendung eines kommandierenden Offiziers aus Japan zur „Combined Task Force 151“ (CTF 151) angedacht. Damit würde zum ersten Mal ein Angehöriger unserer Self-Defense Forces eine internationale Mission leiten.

(2) Cyber Space • Weltraum

Als Nächstes der Bereich Cyber Space und Weltraum.

Für die Gewährleistung der freien und sicheren Nutzung des Cyber Space ist es unerlässlich, dass die Staatengemeinschaft geschlossen handelt und sich für die Etablierung der „Herrschaft des Rechts“ auch in diesem Bereich einsetzt.

Im Rahmen der Governmental Group of Cyber Experts (GGE) der Vereinten Nationen und des „London Process“ leistet Japan einen aktiven Beitrag zur Schaffung internationaler Regeln. Zudem fördert mein Land die Ausweitung der Signatarstaaten der Budapester Konvention zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität. Letzten Monat fand in Tokyo ein Dialog zwischen Japan und der EU zum Thema Cyber Space statt. Wir werden unser Zusammenwirken mit der EU und anderen europäischen Staaten weiter vertiefen.

Die Situation im Weltraum gestaltet sich immer komplizierter. Risiken wie die Zunahme des Weltraum-Mülls oder die Tendenz, Experimente zur Zerstörung von Satelliten durchzuführen, nehmen ebenfalls zu.

Japan unterstützt u.a. den von der EU vorgeschlagenen „internationalen Verhaltenskodex für Weltraumaktivitäten“. Zugleich leistet mein Land einen aktiven Beitrag zur Erstellung internationaler Regeln. Wir müssen uns gemeinsam für die Verabschiedung dieses internationalen Verhaltenskodex einsetzen und unsere Zusammenarbeit weiter ausbauen, um hier konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Diesbezüglich konnte Japan mit der EU eine sinnvolle Diskussion im Rahmen des ersten Dialogs über Weltraum Politik in Tokyo führen. Beim zweiten ARF Workshops zum Thema Sicherheit im Weltraum wirkten Japan und die EU effektiv zusammen.

(3) Anpassung der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sicherheit durch Japan

Als letzten Punkt möchte ich noch kurz über das wichtige Engagement in meinem Land selbst berichten, das der „Herrschaft des Rechts“ große Bedeutung beimisst.

Zusammen mit der Vorbereitung auf alle möglichen Fälle auf dem Gebiet der Sicherheit wird von der Position des „proaktiven Pazifismus“ aus auch die Gesetzgebung auf diesem Gebiet angepasst.

Am 1. Juli wurde in Japan ein wichtiger Kabinettsbeschluss verabschiedet. Neben einer eingeschränkten Zulassung des Rechts auf Selbstverteidigung durch die Verfassung umfasst der Beschluss auch die Möglichkeit eines größeren Beitrags etwa bei Blauhelmissionen der Vereinten Nationen und bei der logistischen Unterstützung. Derzeit läuft die Prüfung in Bezug auf die Anpassung der innerstaatlichen Gesetzgebung.

Japans Fundament als ein dem Frieden verpflichteter Staat bleibt dabei unverändert. Für dieses Engagement drückte Deutschland sofort seine Unterstützung aus.

Wir freuen uns, dass uns bei diesem Engagement die Unterstützung zahlreicher Staaten und Regionen, angefangen in Europa, Amerika und aus den Reihen der ASEAN-Staaten, zuteilwird.

Zusammenarbeit mit Europa

Damit die „Herrschaft des Rechts“ innerhalb der Staatengemeinschaft fest verankert wird, ist es wichtig, dass alle Staaten, welche die universellen Werte miteinander teilen, weiterhin eine übereinstimmende Botschaft verkünden. Durch seinen großen Einfluss auf die internationale Meinungsbildung und seine wichtige Rolle bei der Formulierung von Normen hat sich Europa die Hochachtung der Staatengemeinschaft erworben.

Japan möchte zusammen mit Europa eine führende Rolle als ein Bewahrer der „Herrschaft des Rechts“ übernehmen. Denn wir sind davon überzeugt, dass es unsere Verpflichtung ist, uns für den Schutz der internationalen Ordnung auf der Grundlage von Regeln einzusetzen, um auf diese Weise in Zukunft Frieden, Stabilität und Wohlstand zu erlangen.

Vielen Dank.